



---

CDU-Ratsfraktion Halle (Saale)  
Schmeerstraße 1  
D-06108 Halle (Saale)

Tel.: 0345 – 2213054  
Fax.: 0345 – 2213064

E-Mail: [CDU-Fraktion@Halle.de](mailto:CDU-Fraktion@Halle.de)  
Internet: [www.CDU-Halle.de](http://www.CDU-Halle.de)

Halle (Saale), 16.12.2020

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2020 ist ein sehr außergewöhnliches Jahr und außergewöhnlich ist auch die Behandlung und Beschlussfassung des Haushaltes ohne Debatte im Stadtrat. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man meinen, es sei auch keine Debatte notwendig. Der Haushalt ist ausgeglichen, die Stadt investiert weiter; alles in Ordnung also. Doch meine Damen und Herren, das wäre wahrlich eine sehr oberflächliche Betrachtung. Dieses von der Stadt erzeugte Bild, dass der Haushalt ausgeglichen sei, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Zerrbild.

Der Haushalt 2021 weist um 46,4 Mio. Euro höhere Aufwendungen auf als für 2020 geplant. Welch ein Zufall, dass die erwarteten Erträge ebenfalls um 46 Mio. Euro steigen. Wenn es denn so wäre oder zumindest seriös so angenommen werden könnte, gäbe es nichts zu kritisieren. Aber so ist es leider nicht. Die Stadtverwaltung plant im Vergleich zu 2020 rund 9 Mio. Euro mehr Steuern und ähnliche Abgaben ein. Allein aus der Gewerbesteuer soll eine Million mehr in die Stadtkasse fließen als für 2020 geplant. Das wären vier Millionen Euro mehr als 2019 eingeplant. Beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer geht die Stadt von 8 Millionen Euro mehr aus als 2020 eingeplant. Das wären 14 Millionen Euro mehr als im Haushalt 2019 geplant. Ich ziehe die 2019er Zahlen mit heran weil 2020 eben kein normales Jahr war und ist wie wir aktuell durch den erneuten Lockdown erleben. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung haben nicht nur gravierende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und auf die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen, sondern natürlich auch auf die öffentlichen Haushalte. Die Steuereinnahmen sind 2020 in Bund, Ländern und Kommunen eingebrochen. Bund und Länder versuchen mit nie dagewesenen Hilfsprogrammen die schlimmsten Folgen abzumildern, aber Corona reißt dennoch tiefe Löcher in die kommunalen Haushalte.

Das Loch im städtischen Haushalt ist so gewaltig, dass für 2020 ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden musste wie es ihn, meines Wissens nach, in der Größenordnung noch nicht gab. Die Stadt wollte den Kassenkreditrahmen um 68 Millionen Euro, was einem Fünftel der bisherigen Höhe entspricht, ausweiten. Wenn die Haushaltswirklichkeit 2020 so katastrophal ist, wie kann die Stadtverwaltung dem Stadtrat dann einen Haushalt 2021 vorlegen, der gegenüber der durch Corona pulverisierten Planung 2020 sogar noch von weiteren Einnahmesteigerungen ausgeht? Durch die umfangreichen Schließungen und Beeinträchtigungen, die uns laut Einschätzung der Experten auch noch im ersten Halbjahr 2021 begleiten werden, werden die Gewerbesteuern nicht einmal das Niveau von 2019 erreichen. Ebenso die Einkommenssteuer. Viele Menschen sind in Kurzarbeit und müssen mit erheblichen Einkommenseinbußen über die Runden kommen. Das schmälert natürlich auch die Steuereinnahmen für die Stadt. Bei einer so unrealistischen, ja man muss schon sagen unseriösen, Haushaltsplanung muss man die Frage stellen, ob die Stadtverwaltung die gesetzlichen Anforderungen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit überhaupt noch ernst nimmt?

Bemerkenswert sind auch die Pirouetten um den Kassenkreditrahmen. Dieser liegt derzeit bei 350 Mio. Euro. und sollte nach kommunalaufsichtlicher Weisung eigentlich schrittweise deutlich gesenkt werden. Das wird nun durch Corona zunächst nichts, aber die Verwaltung wollte im Nachtragshaushalt, wie bereits erwähnt, 68 Mio. Euro mehr, also eine Aufweitung auf 418 Mio. Euro. Als CDU-Fraktion hatten wir schon im Zuge der Diskussion um den Nachtragshaushalt diese Größenordnung hinterfragt und eine Reduzierung gefordert. Damals hieß es noch, diese Höhe benötigen wir unbedingt um die Zahlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten, weniger geht nicht. Nun liegt uns seit dem 4. Dezember 2020 die Genehmigung der Kommunalaufsicht zum Nachtragshaushalt vor. Das Landesverwaltungsamt hat den Kassenkreditrahmen aber auf 400 Mio. Euro reduziert. Durch Einleitung des entsprechenden förmlichen Verfahrens, akzeptiert die Stadt nunmehr die Auflage der Kommunalaufsicht. Die Streichung von 18 Mio. fallen wohl nun doch nicht so ins Gewicht. Trotz der erneut verschärften Corona-Lage und dem Lockdown wohl gemerkt. Wer soll da noch folgen können?

Im Haushaltsentwurf 2021 plant die Stadt weiter mit einem durch die Kommunalaufsicht bereits abgelehnten 418 Mio. Euro umfassenden Kassenkreditrahmen. Auch wenn die Kommunalaufsicht durch Corona beide Augen zudrücken möchte, sind solche Widersprüche offensichtlich. Durch die unrealistische Haushaltsplanung riskiert die Stadt die Genehmigung des Etats für 2021. Das betrifft im Übrigen nicht nur die viel zu hoch kalkulierten Einnahmen, sondern auch die zu niedrig angesetzten Ausgaben. Als Beispiel möchte ich nur die immer weiter ausufernden Hilfen zur Erziehung benennen. Im Jahr 2019 waren hierfür 61,9 Mio. Euro eingeplant, für 2021 sind nur 55,6 Mio. Euro vorgesehen obwohl die Ausgaben hierfür immer weiter steigen. Die Gründe hierfür kann oder möchte die Verwaltung bislang nicht benennen.

Fragen in den Ausschüssen werden ausweichend beantwortet, eine geplante Klausur zu dem Thema mit Stadträten fand nicht statt. An der Stelle muss 2021 dringend angepackt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das bringt mich zum Thema sparen. Ein Komplex den die Stadtverwaltung anscheinend nur mit spitzen Fingern anfasst. Trotz der Ausnahmesituation durch Corona wurden die Haushaltsansätze in den meisten Fällen einfach vom Vorjahr fortgeschrieben. Das erspart zwar Diskussionen und Auseinandersetzungen, ist für die Finanzen der Stadt aber ein Bärenienst. Anstatt so zu tun als wäre im Haushalt alles wie immer, sind ersthafte, strukturierte und konzeptionelle Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung vorzulegen. Und dabei geht es nicht immer nur um die freiwilligen Aufgaben. Die Stadtverwaltung wäre gut beraten auch im großen Bereich der Pflichtaufgaben detailliert zu analysieren, wo andere Städte evtl. effizienter arbeiten und die Aufgaben kostengünstiger erledigen. Solche Benchmarks scheinen aber weder den Oberbürgermeister, noch seinen Kämmerer zu interessieren.

Im Zuge der Sparauflagen des Landesverwaltungsamtes zum Haushalt 2020 hatte die Stadtverwaltung eine Liste mit 48 Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt. Seit dem Sommer bemühen wir uns als CDU-Fraktion darum in Erfahrung zu bringen, in welchem Umfang die Einsparungen denn in den einzelnen Positionen auch tatsächlich erzielt wurden. Erst wurde unsere Anfrage auf die nächste Ratssitzung verschoben, dann hieß es, sie würde im Rahmen einer Mitteilung im Finanzausschuss beantwortet – was aber nicht geschah – und seitdem erbitten wir Monat für Monat die Beantwortung. Wir haben ja grundsätzlich Vertrauen in die Stadtverwaltung, aber bei der Verzögerung- und Verschleierungstaktik muss man wohl davon ausgehen, dass die Bilanz der Umsetzung dieser Einsparvorschläge ziemlich desaströs ausfällt.

Werte Kolleginnen und Kollegen Stadträte,

ich könnte damit zu einem Ende finden, jedoch provoziert der gemeinsame Änderungsantrag von Linken, Grünen, SPD und Mitbürgern geradezu einen Widerspruch. Wieder einmal haben sich die Fraktionen zusammengetan, die immer nur darüber reden wofür man noch alles Geld ausgeben könnte damit alles schöner wird anstatt einmal konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie konkret in der Stadt die Einnahmesituation verbessert werden kann. Sie haben es geschafft einen Änderungsantrag vorzulegen, der über eine Million Euro zusätzlicher Ausgaben beinhaltet! Und das in Zeiten dramatisch einbrechender Einnahmen durch die Pandemie. Ihre Deckungsvorschläge sind entweder unrealistisch, im Haushalt bereits verplant oder basieren auf Beschlüssen des Bundes um die Kommunen dauerhaft zu entlasten. Diese Mittel sollen aber das strukturelle Defizit im Haushalt verringern und nicht neue Luftschlösser finanzieren. Werte Antragsteller, Ihr Agieren lässt finanzpolitische Weitsicht vermissen und ist schlicht verantwortungslos!

Den Änderungsantrag werden wir als CDU-Fraktion natürlich ablehnen. Ebenso hätten wir es in normalen Zeiten auch mit dem unseriösen Haushaltsentwurf der Stadt getan. In der gegenwärtigen Ausnahmesituation sind wir aber der Überzeugung, dass wir zur Bewältigung der Krise eine handlungsfähige Stadtverwaltung benötigen. Das ist nun mal nur mit einem beschlossenen Haushalt möglich. Deswegen werden wir uns enthalten, fordern aber im kommenden Jahr ernsthafte Sparanstrengungen und einen realistischen Haushaltsentwurf.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.